

Akademie der politischen Bildung

11. Streitforum mit dem Thema:

**„Kommunitarismus - ein neuer Impuls für gesellschaftliche Reformpolitik ?“**

am 13. Juni 1996 in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Spätestens mit der Veröffentlichung des sogenannten ‘Kommunitaristischen Programmes’<sup>1</sup> im November 1991 ist der Kommunitarismus, eine aus den USA herüberwirkende soziale Bewegung, auch ins Bewußtsein der bundesdeutschen Öffentlichkeit gelangt. In der öffentlichen Diskussion ist die kommunitaristische Initiative begrüßt und aufgegriffen worden, ebenso von Politikern aller Parteien. Das Interesse der Politiker am Kommunitarismus wurde auch auf dem 11. Streitforum der Akademie der Politischen Bildung deutlich. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rudolf Scharping, der erst jüngst in einer Rezension Sympathie für die Kommunitarier bekundet hatte<sup>2</sup>, hatte seine Teilnahme zugesagt, war jedoch aus gesundheitlichen Gründen verhindert.

Der wissenschaftliche Leiter der Akademie, *Prof. Thomas Meyer*, zeichnete in seinem Einführungsreferat die Entwicklungsgeschichte des Kommunitarismus nach. Als soziale Bewegung richte sich der Kommunitarismus gegen einen ‘*Liberalismus der Gier*’, der vor allem die Reagan-Ära geprägt habe. Die theoretische Fundierung des Kommunitarismus sei im Zusammenhang mit der philosophischen Kritik an John Rawls’ individualistisch begründeter Gerechtigkeitstheorie<sup>3</sup> entstanden. Vor allem die kommunitaristisch inspirierte Liberalismuskritik von Michael Sandel<sup>4</sup> habe ‘schulbildend’ gewirkt. Als Begriff könne der ‘Kommunitarismus’ in dreierlei Hinsicht verstanden werden: 1) als wiederkehrende Frage nach dem Verhältnis von Bürger und Staat, Rechten und Pflichten; 2) als moralische Haltung selbstbestimmter,

---

<sup>1</sup> Vgl. Amitai Etzioni, Die Entdeckung des Gemeinwesens - Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus, Stuttgart 1995, insbes. S. 281 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Rudolf Scharping, Von den Kommunitariern lernen, in: DIE ZEIT, 22. September 1995, S. 33.

<sup>3</sup> Vgl. John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt 1979 (Originalausgabe: A Theory of Justice, 1971).

<sup>4</sup> Vgl. Michael Sandel, Liberalism and the Limits of Justice, Cambridge/Mass., Cambridge University Press 1982.

eigenverantwortlicher Bürger; und 3) als Netzwerk der gleichnamigen sozialen Bewegung.

Der Moderator des Streitgesprächs, *Wolfgang Thierse*, wies darauf hin, daß sich die SPD-Grundwertekommission bereits vor zwei Jahren unter dem Titel „Ermutigung zur Politik“ mit dem Ausbau und der Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen beschäftigt habe. Zum Einstieg in die Diskussion stellte Thierse sodann die Frage, was am Kommunitarismus spezifisch amerikanisch und was auf deutsche Verhältnisse übertragbar sei.

*Hans Joas*, Professor an der FU Berlin, betonte die Unterschiede zwischen der deutschen und der amerikanischen Gesellschaft.<sup>5</sup> Die USA sei durch eine Tradition des schwachen Staates geprägt, in religiöser Hinsicht zudem durch den Puritanismus. Der Kommunitarismus wende sich gleichermaßen gegen einen entfesselten Marktliberalismus wie gegen einen protestantischen Fundamentalismus. Als eine „Reinigung der deutschen Tradition“ (Albert O. Hirschman) könne der Kommunitarismus durchaus auch einer „Amerikanisierung der BRD“ wehren.<sup>6</sup>

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD, *Herta Däubler-Gmelin*, sah den Kommunitarismus bereits in der eigenen, deutschen Tradition verankert. So sei die Tradition der Gemeinschaftsverpflichtung des Individuums ausdrücklich im Grundgesetz festgelegt, etwa im Falle der Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Art. 14 Abs. 2 GG). Demgegenüber gelte in den USA in solchen Dingen überwiegend das Prinzip der „privacy“. Den amerikanischen Kommunitarismus deutete Däubler-Gmelin als „pragmatische Antwort auf Bereicherungsstrategien“.

Den Niedergang des amerikanischen Sozialkapitals diagnostizierte *Jörg Ueltzhöffer* vom SIGMA-Institut Mannheim. Der Übergang von der materialistischen zur postmaterialistischen Gesellschaft erfordere die Transformation des Sozialkapitals,

---

<sup>5</sup> Vgl. Hans Joas, *Gemeinschaft und Demokratie in den USA - Die vergessene Vorgeschichte der Kommunitarismus-Diskussion*, in: Micha Brumlik / Hauke Brunkhorst (Hg.), *Gemeinschaft und Gerechtigkeit*, Frankfurt/M. 1993, S. 49 - 62.

eine Wandlung vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft.<sup>7</sup> Dazu müsse der Solidaritätsbegriff auf die Ebene kleinerer Gemeinschaften heruntergebrochen werden. Auf der Ebene der kleineren Gemeinschaften existiere „*ein enormes Potential an Sozialkapital, das nicht genutzt werde*“. Ob die Verstaatlichung der Solidarität folglich der Solidaritätsbereitschaft der Bürger schade, war die bange Frage von Wolfgang Thierse. Die Analyse skandinavischer Wohlfahrtsstaaten habe - so die Erwiderung von Hans Joas - diese Befürchtung weitgehend widerlegen können.<sup>8</sup>

Däubler-Gmelin vertrat die Auffassung, daß die wirkliche Bedrohung der organisierten Selbsthilfe weniger vom Staat als vielmehr vom Markt ausgehe. So sei das *deutsche Genossenschaftswesen* „nicht durch den Wohlfahrtsstaat gekippt worden, sondern durch den Markt“. Die Genossenschaften seien schlichtweg „nicht mehr konkurrenzfähig“.<sup>9</sup>

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde auch das Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunitarismus<sup>10</sup> beleuchtet. Hans Joas warnte davor, im ‘Kampf um die ideologische Hegemonie’ passiv zu verharren. Positive Gegenwerte seien gefragt. Die Sozialdemokratie habe die Grundwerte zu lange den politischen Gegnern überlassen. Das unablässige Gerede vom ‘*Marsch in die Ellbogengesellschaft*’ werde sonst unversehens zur ‘selffulfilling prophecy’. Dem widersprach Däubler-Gmelin. Die Sozialdemokratie bedürfe keiner programmatischen Aufrüstung.

---

<sup>6</sup> Vgl. Hans Joas, Der Kommunitarismus - eine neue „progressive Bewegung“?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 8. Jg., Heft 3, September 1995, S. 29 - 38.

<sup>7</sup> Vgl. Warnfried Dettling, Politik und Lebenswelt - Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft, Gütersloh 1995; vgl. auch Michael Walzer, Socializing the Welfare State, in: Amy Gutmann (Hg.), Democracy and the Welfare State, Princeton. N.J., Princeton University Press 1988, S. 13 - 26 sowie ders., Teilhabe am Wohlfahrtsstaat heißt Engagement in der Wohlfahrtsgesellschaft, in: Blätter der Wohlfahrtspflege - Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit, 142. Jg., 9/1995, S. 208 - 209.

<sup>8</sup> Vgl. die Rezension von Hans-Peter Müller zu Alan Wolfe, Whose Keeper? Social Science and Moral Obligation, unter dem Titel „Individualismus als gemeinschaftliche Lebensform? Die ‘kommunitaristische Herausforderung’ der Sozialwissenschaften“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 44. Jg., 1992, S. 372 f.

<sup>9</sup> Leider wurde nicht weiter verdeutlicht, worin dieser „Mißerfolg“ des Genossenschaftssektors besteht soll.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu auch Thomas Meyer, Kommunitarismus und soziale Demokratie, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 8. Jg., Heft 3/1995, S. 73 - 75.

Eine interessante Wendung nahm die Diskussion mit dem Einwurf von Horst Ehmke, der der moralphilosophischen Debatte die Funktion einer 'Ersatz- oder Trostdiskussion' ohne Einfluß auf reale Gegebenheiten beimaß. Die realen ökonomischen Bedingungen würden entscheidend durch die zunehmende Globalisierung geprägt. Jörg Ueltzhöffer konzedierte, daß viele Kommunitaristen diesen Problembereich weitgehend aussparen, nannte als positive Ausnahme jedoch den Kommunitarier Benjamin R. Barber.<sup>11</sup> Hans Joas wies auf Amitai Etzionis Kritik am neo-klassischen Paradigma hin<sup>12</sup>. Die herrschende Mikroökonomik erfülle - so Joas wörtlich - „die Funktion der Marxistischen Ideologie der westlichen Gesellschaft“. Insofern sei die ideologiekritische Zielrichtung der Kommunitarier auch für die Veränderung der realen Bedingungen von Bedeutung. Zu fragen sei, ob wir über geeignete '*Rechtfertigungssprachen*' für unsere Teilhaberechte verfügten.

Insgesamt vermittelte das 11. Streitforum ein ambivalentes Bild: Alle Diskussions Teilnehmer befürworteten die kommunitaristische Initiative in den USA. Dabei blieb die Zustimmung jedoch seltsam blaß; enthusiastische Stimmen fehlten. Auch wenn deutlich wurde, daß der amerikanische Kommunitarismus nicht im Maßstab 1:1 auf deutsche Verhältnisse übertragen werden kann, so blieb doch unklar, welche konkreten Impulse für eine gesellschaftliche Reformpolitik vom Kommunitarismus ausgehen könnten. Für den am 12. - 14. Juli dieses Jahres in Genf stattfindenden Kommunitarismus-Weltgipfel bleiben somit genügend Fragen offen.

*(David Klingenberg, 17. Juni 1996)*

---

<sup>11</sup> Vgl. Benjamin R. Barber, Zwischen Dschihad und McWorld, in: DIE ZEIT, 14. Oktober 1994, S. 64; vgl. auch Michael Walzer (Hg.), *Toward a Global Civil Society*, The Friedrich Ebert Stiftung Series on International Political Currents, Providence, R.I. 1995.

<sup>12</sup> Vgl. Amitai Etzioni, *Jenseits des Egoismusprinzips*, Stuttgart 1994.